

## Armutprobleme bei Mini-Renten trotz 40 Jahren Arbeit

Aktuelle Zahlen der Bundesregierung zeigen, wie viele Menschen im Alter von Armut bedroht sind. Ein Bundesland hält einen „traurigen Rekord“. Wie genau die gesetzliche Rente ausgestaltet wird, ist immer noch Gegenstand der politischen Diskussion. Das „Rentenpaket II“ befindet sich im parlamentarischen Verfahren. Noch sind sich die Ampelparteien nicht einig, wie die einzelnen Komponenten der Neuregelungen des Rentenniveaus oder die Einführung eines aktiengestützten „Generationenkaptials“ konkret geregelt werden sollen.

Trotzdem wird die steigende Zahl der Menschen mit Altersarmut zu massiven Problemen führen. Von den gut 19 Millionen Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland waren im Jahr 2023 18,4 Prozent armutsgefährdet. Unter allen Menschen über 65 - also auch denen, die weiterhin arbeiten - liegt die Quote mit 18,3 Prozent fast genauso hoch. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestags-Linke hervor.

Knapp jede und jeder Fünfte ist demnach in Deutschland direkt von Altersarmut gefährdet. Bei Frauen sind es mit 20,2 Prozent sogar noch etwas mehr. In der Gesamtbevölkerung waren 2023 14,4 Prozent der Menschen armutsgefährdet.

1,3 Millionen Rentner arbeiten weiterhin, trotzdem steigt die Armutsgefahr. Im Vergleich zum Jahr 2014 stieg die Quote an armutsgefährdeten Menschen über 65 um mehr als elf Prozent. Die meisten Menschen waren aber 2020 von Armut bedroht, damals lag die Quote unter den über 65-jährigen bei 20 Prozent - ein Grund war die Corona-Pandemie. Über die Jahre hinweg haben alleinerziehende Frauen und Menschen, die nicht mehr arbeiten können, durchgängig das höchste Risiko, arm zu werden.

Die Regierungsangaben beziehen sich auf Statistiken der Deutschen Rentenversicherung sowie von Eurostat. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Jüngst veröffentlichte Zahlen der Bundesregierung zeigten bereits, dass über 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland weiterhin arbeiten. Somit ist knapp jeder fünfte Rentner in Deutschland armutsgefährdet. Beunruhigende Zahlen aus Sicht des Seniorenbeirats Neu-Anspach. Deren Vorsitzender Raphael Eckhard ist trotzdem zuversichtlich, dass im Rahmen der gesetzlichen Altenhilfe eine unterstützende Optimierung für viele ältere Menschen kommunalpolitisch erreichbar sind. Die Altenhilfe nach § 71 Sozialgesetzbuch XII soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken.

Die Renten reichen oft kaum zum Leben. Jeder Dritte bekommt weniger als 1.250 Euro brutto. Viele Menschen müssen im Alter mit wenig Geld auskommen, obwohl diese Menschen mit mehr als 40 Versicherungsjahren Beiträge eingezahlt haben. Aus dieser Gruppe erhielten 2023 mehr als 33 Prozent eine Rentenzahlung unter 1.250 Euro brutto. Bei den Menschen mit 45 Versicherungsjahren waren es noch knapp 25 Prozent.

Armut - und insbesondere Altersarmut - ist dadurch in Deutschland nicht mehr ein Randphänom. Dies wird durch die umfangreiche Zahlensammlung der Deutschen Rentenversicherung belegt. Inwieweit viele der Armutsgefährdeten mit betrieblicher Altersversorgung oder betrieblicher Altersvorsorge oder gar mit privater Vorsorge dies ausgleichen können, bleibt für den Seniorenbeirat Neu-Anspach fraglich. Da gerade durch niedrige Löhne und Gehälter auch nur niedrige Beiträge in die Gesetzliche Rente eingezahlt werden.

Bedingt durch diese geringen Einnahmen im Rentenalter werden diese Menschen zukünftig immer mehr Unterstützungsleistungen durch die regionalen Sozialleistungsträger benötigen. Deshalb lohnt es sich nach Überzeugung des Seniorenbeirat für die kommunalen Leistungsträger über konstruktive Angebote frühzeitig ergänzende Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Die Möglichkeit einer Verlängerung des Lebensarbeitszeit im Rahmen der „Wachstumsinitiative“ der Bundesregierung mit der Fortführung der Berufstätigkeit im bisherigen Unternehmen wird für den Einzelnen sinnvoll sein. Aber für andere Menschen ohne diese Möglichkeit könnten weitere regionale Angebote mit weiteren geringfügigen Beschäftigungsangebote vor Ort eine Hilfe sein, wenn keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen nach dem Rentenbeginn vorliegen.

Mit der Thematik der anwachsenden Armutproblematik und den Möglichkeiten zur Reduzierung der Einsamkeit der Menschen beschäftigt sich der Seniorenbeirat schon länger, sagt deren Pressesprecher Harry Euler. Er empfiehlt eine kommunale Konzeptentwicklung zu möglichen altersgerechten Beschäftigungschancen für alle Rentenbezieher, die sich gerne noch etwas zur Rente bzw. Vermeidung von Unterstützungsleistungen hinzuverdienen möchten. Gerne bringen wir auch hierzu unsere Erfahrungswerte als Interessenvertretung der älteren Menschen im Rahmen eines „Runden Tisches“ unter der Führung der Kommune ein.

Eine frühzeitige Zusammenarbeit der unterschiedlichen Beteiligten mit einer stufenweisen Konzeptentwicklung bietet die Chance der Verbesserung der allgemeinen Zufriedenheit, fördert den gesellschaftlichen und solidarischen Zusammenhalt vor Ort bzw. in der Region Usinger Land, ist Eckhard zuversichtlich.